

BERICHT DER BUNDESGESCHAFTSSTELLE

Anlage zum Bericht des Generalsekretärs

22.

BUNDESPARTEITAG

HAMBURG 1973

18.-20. NOVEMBER

<u>Inhalt</u>	<u>Seite</u>
Bundесvorstand	3
Präsidium	4
Landesgeschäftsführerkonferenz	6
Neustrukturierung der Bundesgeschäftsstelle	7
Hauptabteilung I - Organisation/Personal/ Verwaltung	9
Hauptabteilung II - Politik/Information/ Dokumentation	15
Hauptabteilung III - Presse- und Öffentlich- keitsarbeit	24
Mitgliederstatistik	31
Organogramm der Bundesgeschäftsstelle	36

Der Bundesvorstand ist seit dem 21. Bundesparteitag zu fünf Sitzungen zusammengetreten:

- 12.6.1973      Konstituierung des neugewählten Bundesvorstandes  
Beschlußfassung über Verschiebung des Bundesparteitages auf den 18.-20.11.1973
- 30.8.1973      Vorbereitung des 22. Bundesparteitages  
Außenpolitik  
Reform des Sexualstrafrechts  
Erklärung des Bundesvorstandes über Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst
- 17.9.1973      Sexualstrafrecht  
Bildungsgesamtplan  
Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst  
Zusammenarbeit von Bundespartei und Landesverbänden im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlkämpfe
- 5./6.10.1973      Klausurtagung zur Erarbeitung der Vorlagen des Bundesvorstandes auf dem 22. Bundesparteitag
- 17.11.1973      Vorbereitung des 22. Bundesparteitages

Das Präsidium tagte im Berichtszeitraum elfmal:

- 12.6.1973      Konstituierung des neugewählten  
Präsidiums
- 25.6.1973      Karl-Heinz Bilke vom Generalsekretär  
im Einvernehmen mit dem Präsidium zum  
Bundesgeschäftsführer bestellt
- 20.8.1973      Außenpolitik,  
Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst,  
Sexualstrafrecht,  
Umstrukturierung der Bundesgeschäfts-  
stelle,  
Vorbereitung 22. Bundesparteitag
- 3.9.1973      Gespräch des Präsidiums mit den Vorsitzen-  
den und Geschäftsführern der Vereinigungen.  
Gesprächsgegenstand waren Fragen der Zusam-  
menarbeit zwischen Bundespartei und Verei-  
nigungen. Die Vereinigungen werden bis An-  
fang Dezember 1973 Arbeitspapiere über  
Möglichkeiten zur verstärkten Zusammenar-  
beit mit der Bundespartei vorlegen und über  
ihre Planungen für das Jahr 1974 berichten.  
Die von den Vereinigungen unterbreiteten  
Vorschläge sollen in das Arbeitsprogramm  
der Partei für das Jahr 1974 aufgenommen werden.
- 17.9.1973      Erklärung des Präsidiums zur Verfolgung  
von Intellektuellen in der Sowjetunion,  
Kuratorium Unteilbares Deutschland,  
Bildungsgesamtplan,  
Stabilitätspolitik
- 17.9.1973      Gemeinsame Sitzung mit dem Präsidium der  
CSU zur Abstimmung der gemeinsamen Politik  
und Gesetzgebungsarbeit betr.  
Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst,  
Sexualstrafrecht,  
§ 218 StGB,  
Bildungsgesamtplan,  
Stabilitätspolitik
- 1.10.1973      Erklärungen des Präsidiums
- zu Wehners Äußerungen in Moskau
  - zum Beschluß des Bundeskanzlers und der  
Ministerpräsidenten, den Beschluß der  
Regierungschefs vom 28.1.1972 über die  
Beschäftigung von Verfassungsfeinden im  
öffentlichen Dienst zu bekräftigen
  - zur Entwicklung in Chile

Auf seiner Sitzung am 1.10.1973 nahm das Präsidium folgende Aufgabenverteilung vor:

<u>Ehrenvorsitzende:</u>	Prof. Erhard Dr. Kiesinger	ohne besonderes Aufgaben- gebiet
<u>Vorsitzender:</u>	Dr. Kohl	Koordination zwischen CDU und CSU, Bundespartei und Bundes- tagsfraktion und Bund und Länder
<u>Fraktionsvor- sitzender:</u>	Prof. Carstens	Koordination Bundestagsfraktion und Bundespartei, Koordina- tion auswärtige Politik, Ost- und Deutschland- politik
<u>Generalsekretär:</u>	Prof. Biedenkopf	Aufgaben gemäß Statut
stellv. Vorsitzende:	Dr. Filbinger	Innenpolitik, Wissenschaft, Forschung, Hochschule
	Katzer	Sozial- und Gesellschafts- politik, Gesundheitspoli- tik, Gewerkschaften
	Köppler	Medienpolitik, Jugend und Studenten, Sport und Kirchen
	Dr. Stoltenberg	Wirtschafts- und Finanz- politik
	Dr. Wex	Frauen-, Familienpolitik, Bildung
<u>Schatzmeister:</u>	Kiep	Entwicklungs-, Europapoli- tik, Fragen der auswärtigen Politik
<u>Vizepräsident:</u>	von Hassel	Sicherheitspolitik, EUCD-Kontakte, Verbindungen zu den be- freundeten Parteien

- 22.10.1973 Erklärung zur Situation in Nahost,  
Reise des Parteivorsitzenden nach  
Frankreich,  
Medienpolitik,  
Vorbereitung 22. Bundesparteitag  
in Hamburg,  
Sexualstrafrecht,  
Kontaktgespräch mit dem Präsidium  
des BDZV
- 31.10.1973 Gemeinsame Sitzung mit dem Präsidium  
der CSU über die Haltung der Union  
zum Atomsperrvertrag
- 5.11.1973 Erklärung zu preissteigernden Maßnah-  
men der Bundesregierung (Erhöhung der  
Postgebühren),  
Vorbereitung des 22. Bundesparteitages  
(Schwerpunkt Mitbestimmung),  
Gespräch mit Betriebs- und Personal-  
räten der CDU
- 17.11.1973 Vorbereitung des 22. Bundesparteitages

LANDESGESCHÄFTS-  
FÜHRERKONFERENZ

Zweimal traf sich die Landesgeschäftsführerkonferenz seit dem Parteitag in Bonn. Es wurden u.a. folgende Themen behandelt:

5. 9.1973 Politische Aussprache mit dem  
Generalsekretär,  
Vorbereitung Hamburger Partei-  
tag,  
Vorbereitung der Landtagswahlen,  
Wählerinitiativen
- 16.10.1973 Vorbereitung Hamburger Partei-  
tag,  
Ausrüstung und Besetzung von  
Kreisgeschäftsstellen und Mo-  
dellversuche in Kreisverbänden,  
Arbeitsprogramm 1974

## NEUSTRUKTURIERUNG DER BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

Die Anforderungen an die Bundesgeschäftsstelle sind in den letzten Jahren ständig gestiegen. Gerade der verbesserte Organisationsgrad und der verstärkte politische Einsatz unserer Organisationen auf allen Ebenen haben das Bewußtsein in der Partei geschärft, daß die von der CDU zu erbringenden Dienstleistungen im wesentlichen mit der Unterstützung der Parteizentrale zu verwirklichen sind.

Den umfangreichen Wünschen nach Unterstützung stehen aber oft finanzielle Schranken entgegen. Auch reichen die organisatorischen Möglichkeiten der Bundesgeschäftsstelle nicht aus, um allen Anforderungen gerecht zu werden. Um jedoch ein Höchstmaß an Effizienz in der Bundesgeschäftsstelle zu erreichen, sind Überlegungen zur Umorganisation der Bundesgeschäftsstelle angestellt worden, die insbesondere dem Grundsatz der Teamarbeit, die unerlässlich für ein modernes Management ist, Rechnung tragen. Die neue Organisationsstruktur sollte dahingehend verändert werden, daß an der Entscheidungsfindung die sachlich kompetenten Mitarbeiter beteiligt werden, daß die Forderung nach einem übersichtlichen Arbeitsablauf gewährleistet wird und klare Verantwortungen festgelegt werden. Gleichzeitig war es notwendig, die Zahl der direkten Unterstellungsverhältnisse zum Bundesgeschäftsführer zu vermindern, um so zu einem arbeitsfähigen Leitungsteam zu kommen.

Nach Abschluß der Umorganisation gliedert sich die Bundesgeschäftsstelle wie folgt (s. auch Organogramm auf der letzten Seite):

### Hauptabteilung I - . Organisation/Personal/Verwaltung

In dieser Hauptabteilung sind die bisherigen Abteilungen Organisation und Verwaltung zusammengefaßt. Der Bereich Personalplanung ist mit dem Teilbereich Personalverwaltung zu einer neuen Abteilung Personal zusammengefaßt worden. Integriert in diese Hauptabteilung ist ferner der Bereich "Kontakte/Reisen des Parteivorsitzenden und des Generalsekretärs".

## Hauptabteilung II - Politik/Dokumentation/Information

In dieser Hauptabteilung sind die bisherigen Abteilungen Politik und Dokumentation/Information zusammengefaßt.

## Hauptabteilung III - Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

In dieser Hauptabteilung sind die Abteilungen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zusammengefaßt. Die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit ist in die Teilbereiche "Kreatives" und "Werbetechnik" aufgliedert.

### Sprecher der Partei

Der Sprecher der Partei bleibt Chefredakteur des "Deutschen Monatsblattes" und ist auch künftig für den DUD mitverantwortlich. Er wird direkt dem Generalsekretär unterstellt und übt sein Amt in Abstimmung mit dem Parteivorsitzenden und dem Bundesgeschäftsführer sowie in enger Zusammenarbeit mit dem Bereich Presse aus.

### Planungsgruppe

Neu ist in der Bundesgeschäftsstelle eine Planungsgruppe eingerichtet worden, die direkt dem Generalsekretär und dem Bundesgeschäftsführer unterstellt ist. Die Planungsgruppe hat die Aufgabe, in Zusammenarbeit mit der Grundsatzkommission und in enger Kooperation mit der Abteilung Politik langfristige Konzeptionen für die politische Arbeit unserer Partei zu entwickeln.

### Projektgruppen

Für einzelne zu lösende Aufgaben werden in der Bundesgeschäftsstelle jeweils Projektgruppen eingerichtet, in denen Mitarbeiter aus all den Abteilungen zusammenarbeiten, die mit der Lösung der betreffenden Aufgabe befaßt sind. Die Projektgruppen erhalten eine fest umrissene Aufgabe und arbeiten nur solange, bis die Aufgabe gelöst ist. Die Besetzung der Projektgruppen erfolgt durch den Bundesgeschäftsführer nach dem Gesichtspunkt der Fachkompetenz und nicht nach dem Rang des betreffenden Mitarbeiters. An den Projektgruppen beteiligen sich auch Mitarbeiter der Bundestagsfraktion und der Konrad-Adenauer-Stiftung.

HAUPTABTEILUNG I  
ORGANISATION  
PERSONAL  
VERWALTUNG

Leiter der Hauptabteilung : Günter Meyer  
Leiter der Abteilung Organisation : Günter Meyer  
Leiter der Abteilung Verwaltung : Andreas Nathan  
Leiter der Abteilung Personal : Dr. Erhardt Mayr  
Leiter der Abteilung Kontakte/Reisen  
des Parteivorsitzenden und General-  
sekretärs, Hauptgeschäftsführer der  
Union der Vertriebenen und Flücht-  
linge : Gerold Rummler

1. Modellversuche in Kreisverbänden

Die im Auftrage des Bundesparteitages vom Bundesvorstand im Dezember 1971 berufene Organisationskommission hatte sich als eines ihrer Ziele die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen der Bundespartei und den Landes- und Kreisverbänden gesetzt. Aufgrund dieses Arbeitsauftrages entwickelte die Organisationskommission Modelle für die Kreisverbandsarbeit.

Im Juni 1973 begannen die konkreten Vorbereitungen für die Durchführung der Modellversuche "Kreisverbandsarbeit".

Aufgabe dieser in sieben verschiedenen strukturier-  
ten Kreisverbänden beginnenden Versuchsreihe ist es,  
Methoden und Techniken der Parteiarbeit in den Kreis-  
verbänden zu erproben und eine wesentliche Verbes-  
serung und Systematisierung der Parteiarbeit an der  
Basis herbeizuführen.

Nach einem Vorschlag der von der Organisationskommis-  
sion eingesetzten Arbeitsgruppe werden die Modellver-  
suche in folgenden Kreisverbänden, die ihre Mitarbeit  
zugesagt haben, durchgeführt:

1. Kreisverband Frankfurt am Main

Großstadtkreis mit getrennter Geschäftsführung  
von Partei und Stadtratsfraktion.

2. Kreisverbände Heidelberg-Stadt und Rhein-  
Neckar-Kreis

Stadtkreisverband plus Umlandkreis mit gemeinsa-  
mer Geschäftsführung.

3. Kreisverband Schwarzwald-Baar  
Kreisverbandsarbeit in einem Landkreis
  
4. Bundestagswahlkreis 163, bestehend aus den  
Kreisverbänden Landau-Stadt, Landkreis  
Landau-Bad Bergzabern und Landkreis Ger-  
mersheim .....

Diese drei Kreisverbände haben eine gemein-  
same Kreisgeschäftsstelle in Landau-Stadt.

  
5. Kreisverband Düsseldorf-Mettmann  
Erprobung der Parteiarbeit in einem Landkreis,  
der im Einzugsbereich einer Großstadt liegt.

Darüber hinaus werden zwei Modelle einer Bürogemein-  
schaft für mehrere Kreisverbände erprobt, und zwar

1. Bezirksverband Lüneburg  
Bürogemeinschaft (Dienstleistungszentrum) auf  
der Ebene eines Bezirksverbandes.  
Hier soll die Möglichkeit der Übernahme der  
Dienstleistungen für die Kreisverbände durch  
eine gemeinsame Geschäftsstelle erprobt wer-  
den.
  
2. Kreisverband Lüdenscheid  
Hier sollen die Möglichkeiten einer Kreisge-  
schäftsstelle als Servicestation, die ihren  
Maschinenpark für mehrere Kreisverbände zur  
Verfügung stellt, erprobt werden.

In Zusammenarbeit mit den beteiligten Kreisverbänden  
erstellte die Arbeitsgruppe einen detaillierten Auf-  
gabenkatalog für die Arbeit der Kreisverbände, Orts-  
verbände und der Kreisgeschäftsstellen sowie ein Mo-  
dell für die Aufgabenverteilung im Kreisverband. Das  
folgende Grundmodell bildete die Basis für diese  
Überlegungen:

1. Der Kreisverband und die Ortsverbände bilden eine  
Leistungseinheit. In diesem Rahmen werden die  
Ortsverbände gegenüber der bisherigen Praxis  
wesentlich gestärkt. Auf den Bereich der Partei-  
arbeit bezogen bedeutet dies die Verlagerung  
vieler Aufgaben vom Kreisverband auf die unter-  
ste Organisationsebene, den Ortsverband.  
Alle Maßnahmen, die den direkten Kontakt und die  
Beeinflussung der Wähler betreffen, fallen in  
die Zuständigkeit der Ortsverbände.

Dadurch ist es möglich, die Mitglieder der Partei vermehrt zur Mitarbeit heranzuziehen und die Partei insgesamt gegenüber allen Bürgern im kommunalen Bereich und allgemein zur Mitarbeit zu öffnen.

2. Wenn die Ortsverbände zu den untersten organisatorischen Ebenen ausgebaut werden, müssen sie
  - 2.1. an das Informations- und Kommunikationssystem der Gesamtpartei angeschlossen und
  - 2.2. von hauptamtlichen Experten in organisatorischen Fragen, bei der Schulung von Mitgliedern und bei allen besonderen Problemen und Neuerungen beraten werden. Diese hauptamtlichen Berater muß die Bundesgeschäftsstelle zumindest für die Anlaufzeit zur Verfügung stellen. Unter ihnen müssen auch Kommunalexperthen sein.  
Wo diese hauptamtlichen Berater endgültig angesiedelt werden, bei der Bundespartei, beim Landes- oder beim Kreisverband, braucht im Stadium des Experiments noch nicht entschieden werden.
  
3. Der Charakter der Kreisgeschäftsstellen muß sich dadurch zwangsläufig ändern. Sie werden zweites organisatorisches Zentrum. Die Kreisgeschäftsstelle muß zu einer Servicestation (Dienstleistungszentrum) ausgebaut werden und mit der nötigen personellen und materiellen Infrastruktur versehen sein, von der Leistungen abgerufen werden können. Der Schwerpunkt ihrer Aufgaben liegt dann außer in der Führung der Geschäfte des Kreisverbandes zusätzlich in der Koordinierung und der Beratung und Hilfestellung für die Arbeit der Ortsverbände. Die Kreisgeschäftsstelle ist gleichzeitig Geschäftsstelle der Stadtrats- bzw. Kreistagsfraktion. Sie ist die unterste hauptamtliche Ebene der Gesamtpartei.
  
4. Der Kreisverband hat die kommunalpolitische Verantwortung für seinen Bereich.

Die Vorbereitungen mit den beteiligten Kreisverbänden sind inzwischen soweit fortgeschritten, daß mit einer stufenweisen Erprobung des Modells ab 1. Januar 1974 begonnen werden kann.

Dabei wurden für die 1. Phase folgende Schwerpunkte gesetzt:

1. Erprobung von Informationssystemen, Informationsverarbeitung beim Kreisverband (Kreisgeschäftsstelle) und Weiterleitung in die Partei und nach außen, und zwar an

Ortsverbände  
Vereinigungen  
Mitglieder  
Multiplikatoren  
Sympathisanten  
Zielgruppen

einschließlich der Rückkopplung mit der entsprechenden Auswertung und Weitergabe an Landes- und Bundespartei. Dazu gehört auch die Verarbeitung und Weitergabe von Schnellinformationen, aktuellen Nachrichten usw. über Fernschreiber bzw. Telefon mit Aufnahmegerät.

2. Aufgabenverteilung im Kreisvorstand.

3. Einsetzung von mobilen Beraterteams.

## 2. Aus- und Fortbildungsprogramm für hauptamtliche Mitarbeiter

Nach Abschluß der vorbereitenden Überlegungen und Diskussionen über die organisatorischen Voraussetzungen und über die Inhalte und Lernziele der Seminare begann am 12.6.1973 das 1. Seminar "Information" im Rahmen des Aus- und Fortbildungsprogramms für hauptamtliche Mitarbeiter.

Dieses Seminar bildet mit 4 weiteren eine Einheit. Als Themen für weitere Seminare sind vorgesehen:

- Kommunikation (bereits durchgeführt)
- Organisation
- Problemanalyse und Entscheidungsbildung
- Analyse und Meinungsbildung

Die Teilnehmer der ersten beiden Seminare waren fast ausschließlich Kreisgeschäftsführer. Die Nachfrage ist so stark geworden, daß zu dem Ende November 1973 ausgeschriebenem Seminar "Organisation" leider der Hälfte der Bewerber eine Absage erteilt werden mußte.

Für Mai 1974 ist der Beginn der zweiten Seminarreihe geplant. Bis dahin werden die bisher gemachten Erfahrungen ausgewertet und in die neue Reihe eingearbeitet. Noch befindet sich das Aus- und Fortbildungsprogramm für hauptamtliche Mitarbeiter im Erprobungsstadium. Die bis jetzt erzielten Resultate berechtigen zu der Annahme, daß sich dieses Programm bewähren wird.

### 3. Bundesrednereinsatz und Referentenvermittlung

Aufgrund eines Bundesvorstandsbeschlusses, der die Mitglieder des Parteipräsidiums, die Landesvorsitzenden und die der CDU angehörenden stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion aufforderte, für öffentliche Großveranstaltungen in den Kreisverbänden im laufenden Jahr je 20 Termine zur Verfügung zu stellen, konnte die Bundesgeschäftsstelle für das zweite Halbjahr 1973 12 Veranstaltungen organisieren. Da die meisten Einsätze von den Bundesrednern direkt und nicht über die Bundesgeschäftsstelle vereinbart werden, ist das angestrebte Ziel, im Laufe des Jahres in jedem Kreisverband eine Großveranstaltung mit einem Bundesredner durchzuführen, nicht erreichbar.

Die Vermittlung von Bundesrednern für den gesellschaftlichen Bereich stößt nach wie vor auf Schwierigkeiten. Aufgabe des im Aufbau befindlichen Redner- und Referentendienstes wird es sein, in Absprache mit den Landesverbänden die bei verschiedenen Stellen der Partei eingehenden Anfragen umgehend zu erledigen. Mit der im Aufbau befindlichen Referentenkartei soll es auf Dauer möglich werden, Anfragen auch kleinerer Gruppen positiv zu beantworten. Als Zielvorstellung soll diese Kartei es ermöglichen, mit Referentenangeboten an den gesellschaftlichen Bereich heranzutreten.

### 4. Landtagswahlkämpfe

Die in den Jahren 1974 und 1975 bei allen Bundesländern stattfindenden Landtagswahlen machen eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Bundesgeschäftsstelle und den Landesverbänden zwingend notwendig.

Bisher haben die Landesverbände Hamburg, Niedersachsen und Hessen, deren Landtagswahlen 1974 stattfinden, mit der Bundesgeschäftsstelle Gespräche über Formen der Zusammenarbeit geführt, wobei konkrete Abmachungen getroffen worden sind.

Die Bundesgeschäftsstelle wird unter anderem folgende Dienstleistungen für die Landtagswahlkämpfe erbringen:

- Bundesrednervermittlung
- Wahlkampfinformationsdienste
- Argumentationskarten zu bundespolitischen Themen
- Flugblätter zu bundespolitischen Themen
- Formulierungshilfen und Beratung in werblichen Fragen
- Unterstützung der Pressearbeit
- Sonderauflagen der Wandzeitungen
- Ausleihung von Lautsprecheranlagen

Der enge Kontakt zwischen den wahlkampfführenden Landesverbänden und der Bundesgeschäftsstelle ist durch die Teilnahme von Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle an den Sitzungen der Wahlkampfkommissionen gewährleistet. Die Bereitschaft der Landesverbände dazu ist für die Bundespartei eine wichtige Hilfe bei ihren Vorbereitungen für die Bundestagswahl 1976.

HAUPTABTEILUNG II  
POLITIK  
DOKUMENTATION  
INFORMATION

Leiter der Hauptabteilung : Dr. Dorothee Wilms  
(zugleich stellvertretende Bundes-  
geschäftsführerin)  
Leiter der Abteilung Politik : Dr. Dorothee Wilms  
Leiter der Abteilung Information/  
Dokumentation : Heinz Winkler

Abteilung Politik

Die Arbeit der Abteilung Politik konzentrierte sich im Berichtszeitraum neben der fachlichen Vorbereitung von Sitzungen des Präsidiums und des Bundesvorstandes und der Geschäftsführung der Bundesfachausschüsse und -kommissionen auf die fachliche Vorbereitung des 22. Bundesparteitages. Hierzu gehören die Unterstützung der Kommissionsarbeiten in den Bereichen "Soziales Baubodenrecht", "Reform der beruflichen Bildung" und "Vermögensbildung", die Auswertung der öffentlichen Hearings der Kommissionen und die Unterstützung der Diskussion im Bereich der Mitbestimmung. Im unmittelbaren Vorfeld des Parteitages bearbeitete die Abteilung Politik die über 2.500 Anträge zum Parteitag, erstellte die Antragsbroschüre und unterstützte die Antragskommission bei ihren Arbeiten. Des Weiteren erarbeitete die Abteilung eine Reihe von Texten für Broschüren und Flugblätter (s. Abteilung Öffentlichkeitsarbeit).

Bundesfachausschüsse und Kommissionen

Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ)

Vorsitzender: Friedrich Vogel MdB

Fachkommissionen im BACDJ:

- Verfassungsrecht                   Vors.: Dr. Carl Otto Lenz MdB
- Justizpolitik                       Vors.: Dr. Kurt Kleinrahm
- Ehe- und Familienrecht           Vors.: Heinz Knüfer
- Verbraucherschutz                 Vors.: Dr. Philipp Held MdL

- Strafrechtsreform                   Vors.: Dr. Heinz Eyrich MdB
- Strafvollzug                        Vors.: Gottfried Milde MdL
- Verwaltungsrecht                   Vors.: Prof. Dr. Roman Herzog
- Vereinheitlichung der  
Verfahrensordnungen                Vors.: Dr. Gerhard Meyer-Hentschel

Schwerpunkte der Arbeit:

- Grundlagen der Rechtspolitik der CDU
- Konkretisierung des Justizpolitischen Programms
- Juristenausbildung
- Verbraucherschutz und Allgemeine Geschäftsbedingungen
- Änderung der Wertgrenzen in der ordentlichen Gerichtsbarkeit
- Erweiterung der Zuständigkeit des Einzelrichters
- Einbeziehung der Arbeitsgerichtsbarkeit in ein Rechtspflegeministerium
- Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch
- 4. und 5. Strafrechtsreformgesetz
- Vorbereitung einer Initiative über das Rechtsmittel in Strafsachen
- Strafvollzugsgesetz
- Arbeit der Enquetekommission "Verfassungsreform" des Deutschen Bundestages

Der Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen führte 1 Mitgliederversammlung, 2 Vorstandssitzungen, 1 Sitzung des Koordinierungsausschusses und 8 Sitzungen der Fachkommissionen durch.

Bundesausschuß Innenpolitik

Vors.: Innenminister Heinz Schwarz MdL

Konstituierung am 16.10.1973

Fachkommissionen:

- Einheitliches öffentliches Dienstrecht  
Vors.: Staatssekretär Alois Schreiner
- Ausländerrecht  
Vors.: Frau Dr. Kunze

- Innere Sicherheit  
Vors.: Staatssekretär Joachim Dorenburg
- Kommunale Selbstverwaltung  
Vors.: Stadtdirektor Dr. Dieter Fuchs
- Verwaltungsreform  
Vors.: Regierungsvizepräsident Dr. Werner Neumann

#### Bundesarbeitskreis Polizei

Vors.: Karl-Heinz Schmitz MdA

Seit dem letzten Parteitag wurden zwei Vorstandssitzungen und eine Arbeitskreissitzung durchgeführt.

Schwerpunkte der Arbeit:

- Verwirklichung des Sicherheitskonzepts der Innenminister
- Verkehrssicherheit
- Probleme des Bundesgrenzschutzes

#### Bundesfachausschuß Sport

Vors.: Dr. Hans Evers MdB

Der Bundesfachausschuß tagte seit dem Bundesparteitag in Bonn zweimal.

In Zusammenarbeit mit dem CDU-Landesverband und der CDU-Landtagsfraktion des Saarlandes Durchführung einer Sportkonferenz am 18.10.1973 in Saarlouis.

Schwerpunkte der Beratungen:

- Förderung des Vereinssports, u.a. Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Sportvereinen, Spendenbescheinigungskompetenzen und steuerliche Entlastung im Rahmen einer Reform der Abgabenordnung
- Vorbereitung eines zweiten Vereinshearings mit kleineren und mittleren Sportvereinen.

Arbeitskreise :

- Arbeitskreis Leistungssport

Vors.: Olaf Lawrenz

Der Arbeitskreis tagte dreimal.

Themen:

- Förderung des Leistungssports
- Ideologische Kritik am Leistungsprinzip in Sport und Gesellschaft
- Sportpolitische Situation Berlins

Am 27.10.1973 fand unter Mitwirkung des Arbeitskreises eine Sportkonferenz in Schleswig-Holstein zum Thema "Sport als gesellschaftspolitische Aufgabe" statt.

Themen:

- Kommunale- und Landessportförderung
- Sport im Rahmen der Freizeitgestaltung

- Arbeitskreis Vereins- und Freizeitsport

Vors.: Peter Axt

Der Arbeitskreis tagte zweimal und hat die Aufgabe, ein Freizeitprogramm zu entwickeln.

- Programmkommission

Vors.: Prof. Emil Schlee MdL

Die Kommission erarbeitete in drei Sitzungen ein Programm zum Sportstättenbau.

Bundesausschuß für Agrarpolitik

Vors.: Gustav Niermann MdL

Der Ausschuß trat zu drei Vollsitzungen, zwei Vorstandssitzungen und vier Arbeitskreissitzungen zusammen.

In Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Landwirtschaft und Ernährung der CSU wurden nach Zustimmung durch die entsprechenden Parteigremien in einer Pressekonferenz am 20. September 1973 zwei Papiere zur Agrarpolitik der Öffentlichkeit übergeben:

- Einkommensübertragungen - nur eine begrenzte Alternative in der Agrarpolitik
- Vorschläge zur Wiederherstellung des Gleichgewichts auf dem Milchmarkt

Bundesausschuß für Strukturpolitik

Vors.: Dr. Horst Waffenschmidt MdB

Neukonstituierung am 14. September.

Unterausschüsse

- Raumordnung  
Vors.: Dr. Karlheinz Gierden
- Regionalpolitik  
Vors.: Minister Heinrich Holkenbrink MdL
- Städtebau und Wohnungswesen  
Vors.: Ferdinand Erpenbeck
- Ballungsräume  
Vors.: Ruth Beckmann MdL
- Umweltfragen  
Vors.: Dr. Herbert Gruhl MdL
- Verkehr  
Vors.: Erich Kühlmann

Ad-hoc-Arbeitsgruppe "Regionalpolitik"

Vors.: Minister Dr. Manfred Schäfer

Die ad-hoc-Arbeitsgruppe "Regionalpolitik" konstituierte sich am 5. September 1973 und tagte zweimal.

Die Arbeitsgruppe befaßt sich mit Fragen der Neuabgrenzung der Fördergebiete im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur".

Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik

Vors.: Minister Dr. Schäfer MdL

Beratungsschwerpunkte der 5 Sitzungen:

- Fragen der Neugestaltung der Währungsordnung
- Erarbeitung einer Stellungnahme zur Novellierung des Bundesbankgesetzes
- Beratungen der Themen Bodenrecht, Mitbestimmung, Vermögensbildung.

Darüber hinaus hat der Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik die Weiterentwicklung der wirtschaftspolitischen Programmatik der CDU diskutiert.

Parlamentariergruppe der CDU/CSU für Umweltfragen

Vors.: Dr. Benno Weimann MdL

2 Sitzungen:

Tagung der Parlamentariergruppe vom 17. - 19. Oktober 1973 in Mainz unter dem Generalthema "Landesplanung und Umweltgestaltung"

Schwerpunktthemen der Sitzung am 23.10.1973 waren:

- Umweltforum
- Umwelt und Energie

Bundesausschuß für Sozialpolitik

Vors.: bis 27.8.73 Präsident Josef Stingl  
ab 27.8.73 Minister Dr. Heinrich Geissler

Der Ausschuß tagte zweimal.

Thema: Erarbeitung einer Prioritätenliste von Maßnahmen zum Schutz des ungeborenen Kindes.

Bundesausschuß für Gesundheitspolitik

Vors.: Prof. Dr. Beske

Schwerpunkte der 6 Ausschuß- bzw. Arbeitsgruppensitzungen:

- Erarbeitung einer Stellungnahme zur Arzneimittelsicherheit und zum Arzneimittelmarkt
- Probleme der Berufe des Gesundheitswesens (Hearing)
- Probleme der zahnärztlichen Versorgung (Hearing)
- Erstellung eines gesundheitspolitischen Programms

Außenpolitische Kommission

Vors.: Walther Leisler Kiep MdB

Vom Präsidium zum neuen Vorsitzenden vorgeschlagen: Dr. Gerhard Schröder MdB

Die Außenpolitische Kommission trat im Berichtszeitraum zweimal zusammen, die Unterkommissionen insgesamt siebenmal.

Unterkommissionen:

I. Westpolitik

Vors.: Dr. Franz Josef Bach  
(Arbeit am 23.6. abgeschlossen)

II. Ost- und Deutschlandpolitik

Vors.: Dr. Alois Mertes MdB

III. Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland

Vorsitzender bisher: Prof.Dr. Hans Buchheim  
neuer Vorsitzender : noch nicht benannt

IV. Europapolitik

Vors.: Dr. Reinhold Biskup

V. Entwicklungspolitik

Vors.: Dr. Jürgen Gerhard Todenhöfer MdB

Bundeskulturausschuß

Vors.: Minister Dr. Bernhard Vogel

Themen der drei Sitzungen:

- Bund-Länder-Kommission für den Bildungsgesamtplan  
(Verabschiedung des Bildungsgesamtplanes)
- Bildungsziele und Bildungsinhalte
- Hochschulrahmengesetz
- Berufliche Bildung
- Numerus clausus und Auslandsstudium
- Ausbildungsförderung
- aktuelle Fragen der Kulturpolitik in den Ländern

Der Beirat für Hochschul- und Forschungspolitik  
des BKA befaßte sich in einer gemeinsamen Sitzung  
mit dem Bundeskulturausschuß und den Hochschulbe-  
auftragten der Kreisverbände mit folgenden Themen:

- Hochschulrahmengesetz
- Personalstruktur der Hochschulen

Bundesausschuß für Sicherheitspolitik

Vors.: Dr. Egon A. Klepsch MdB

Konstituierende Sitzung am 25.8.1973

Schwerpunktthemen:

- Erarbeitung eines verteidigungs- und sicherheits-  
politischen Programmes
- Stellungnahmen zur Wehr- und Personalstruktur der  
Bundeswehr
- KSZE und MBFR (Klausurtagung über MBFR am 26.  
November in Bonn)

## Ausschüsse und Arbeitskreise der Frauenvereinigung

### Medienerziehung

Leitung: Dr. Dorothee Wilms

Im Berichtszeitraum zwei Sitzungen.

Themen:

- Erarbeitung von Papieren "Hinweise zur Pressearbeit"
- "Hinweise zum kritischen Fernsehen"

Ausarbeitung einer inhaltlichen Konzeption zur Durchführung eines medienpolitischen Fachkongresses in Lübeck.

### Verbraucherausschuß

Leitung: Irma Blohm

Eine Sitzung am 9.10.1973.

Thema:

Verbraucherpolitische Lage

### Programmkommission

Leitung: Dr. Monika Christians

Die vom 8. Bundesdelegiertentag der Frauenvereinigung beschlossene Kommission zur Erarbeitung eines Grundsatzprogramms ist vom Vorstand erneut zur Überarbeitung des Programmentwurfs eingesetzt worden. Aufgrund der zahlreich eingegangenen Stellungnahmen der Kreisvereinigungen ist eine Synopse zum 1. Programmentwurf und zur Vorbereitung der Weiterarbeit erstellt worden.

## ad-hoc-Kommissionen der Bundespartei

### Kommission "Frauen"

Leitung: Dr. Helga Wex MdB

Zwei Sitzungen.

Themen:

- Erstellung von Arbeitspapieren zu den Problemen
  - "Soziale Sicherung der Frau"
  - "Familien-Lastenausgleich"
  - "Rechtsfragen"

Durchführung eines öffentlichen Hearings mit Sachverständigen und Vertretern zahlreicher Familienverbände und Organisationen, die sich mit familienpolitischen Fragen befassen, in Zusammenarbeit mit der Kommission "Familie".

### Kommission "Soziale Dienste"

Vors.: Ministerialrat Werner Steinjan

Die Kommission ist dem Bundesausschuß für Sozialpolitik unterstellt. Sie tagte bisher dreimal und beschäftigt sich mit der Erstellung einer Diskussionsvorlage über Sozialstationen.

### Kommission "Bodenrecht"

Vors.: Dr. Rüdiger Göb

Fünf Sitzungen.

Ergebnis: Kommissionsvorlage "Soziales Baubodenrecht" für den 22. Bundesparteitag

### Kommission "Jugend"

Vors.: Dietrich Rollmann MdB

Drei Sitzungen.

Ergebnis: Entwurf für ein Jugendpolitisches Programm der CDU

### Öffentliche Hearings der Bundespartei

In Vorbereitung des Hamburger Parteitages führten die Kommissionen, die zu den Themen Bodenrecht, Berufliche Bildung, Vermögensbildung Papiere zur Diskussion in der Partei erarbeitet hatten, öffentliche Hearings durch. Dazu wurden Sachverständige, interessierte Verbände und Institutionen eingeladen. Mit diesen öffentlichen Anhörungen hat die CDU ein neues Strukturelement in das deutsche Parteiensystem eingeführt. Nicht nur die Mitglieder, sondern auch interessierte Gruppen von außerhalb der Partei führten ihren Sachverstand in die Parteidiskussion ein. Die CDU hat so ihre erklärte Absicht verwirklicht, Forum der Aussprache und damit eine "offene Partei" zu sein.

### Abteilung Information/Dokumentation

Von der Abteilung Information/Dokumentation ist im September der wöchentlich erscheinende Informationsdienst "Union in Deutschland" (UiD) übernommen worden. Dieser Dienst ist im Laufe des Jahres 1973 verstärkt zu einem Arbeitsinstrument der Parteigliederungen umgestaltet worden, der neben sachpolitischen Informationen, Dokumentationen auch Texte für Flugblätter und Argumentationskarten sowie weitere Arbeitshilfen enthält. Diesen Dienst erhalten ca. 35.000 Funktionsträger in der Partei. Ab 1. Januar 1974 ist ein Stichwortregister vorgesehen. Nach einer Befragung der Kreisverbände wird noch in diesem Jahr entschieden, in welchem DIN-Format der UiD im nächsten Jahr erscheinen soll. Grundlage für die Entscheidung sind die verbesserten Reproduzierungs-möglichkeiten sowie die Frage der Kosten.

HAUPTABTEILUNG III  
PRESSE- UND ÖFFENT-  
LICHKEITSARBEIT

Leiter der Hauptabteilung : Peter Radunski  
Leiter der Abteilung Presse : Peter Radunski  
Leiter der Abteilung Öffentlich-  
keitsarbeit: Karl L. Krakow

Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

1. Zusammenarbeit mit Landes- und Kreisverbänden

Die Auswertung aus den Erfahrungen während des Bundestagswahlkampfes 1972 hat ergeben, daß für die Zusammenarbeit zwischen der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und den Landes- und Kreisverbänden ein verbessertes Verfahren gefunden werden mußte. Aus diesen Überlegungen ist folgendes System entwickelt worden:

1. Als Bestellhilfe für die Kreisverbände wird in regelmäßigen Abständen das Gesamtangebot aller zur Verfügung stehenden Werbemittel der Bundespartei im UiD abgedruckt.
2. Neuerscheinungen werden mit Abbildungen im UiD vorgestellt.
3. Von allen Werbematerialien erhalten die Kreisverbände zunächst eine kostenlose Grundausstattung. Nachbestellungen der Kreisverbände sind an das VVA-Versandzentrum in Düsseldorf zu richten und werden von dort aus erledigt. Diese Nachbestellungen werden gegen Kostenbeteiligung der Kreisverbände geliefert.

Von Broschüren und anderem Informationsmaterial wird jeweils ein Ansichtsexemplar mit Bestellkarte verschickt, so daß der Kreisverband seine Bestellungen disponieren kann.

Wandzeitungen erhält jeder Kreisverband kostenlos in 25 Exemplaren monatlich. Auch bei Wandzeitungen ist inzwischen die Möglichkeit zu Nachbestellungen der Kreisverbände vorgesehen.

2. Materialien

Im zweiten Halbjahr 1973 wurden folgende Materialien erstellt (bei Materialien zu politischen Sachaussagen in Zusammenarbeit mit der Abteilung Politik):

A. Broschürenserie "Argumente - Dokumente -  
Materialien"

	<u>Auflage</u>
1. Dokumentation zum Grundvertrag	10.000
2. Dokumentation zur Reform des § 218 StGB	10.000
3. Chronologie der wirtschafts- und währungs- politischen Ereignisse	10.000
4. Mitbestimmung in Unternehmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	5.000
5. Dokumentation zur Strukturpolitik	10.000
6. Dokumentation zur Inneren Sicherheit	5.000
7. Berliner Programm - Verwirklichung durch CDU-Initiativen	5.000
8. Dokumentation zum Karlsruher Urteil	5.000

B. Redebroschüren

Grundsatzrede des Vorsitzenden der CDU, Helmut Kohl, auf dem 21. CDU-Bundesparteitag "Aufbruch in die Zukunft"	15.000
Bundestagsrede des Vorsitzenden der CDU/CSU- Fraktion, Prof. Carstens, zur Haushaltsdebatte am 18. Juni 1973 "Ziele setzen, vor denen wir bestehen können"	10.000
Rede des Generalsekretärs der CDU, Prof. Kurt H. Biedenkopf, am 23.6.1973 auf dem Landespar- teitag der CDU Baden-Württemberg "Erneuern und Bewahren"	10.000

C. Wandzeitungen

Geteilte Macht schützt vor Gleichschaltung (zu den Aufgaben des Bundesrates)	10.000
Zur Kasse bitte (zu den Steuererhöhungsbeschlüssen)	10.000
Aufbruch in die Zukunft (zu dem neugewählten Bundesvorstand)	10.000
CDU diskutiert (zu den Themen des Hamburger Parteitages)	10.000

	<u>Auflage</u>
Alle reden über Preise - die SPD macht sie (zur Verbraucheraufklärung)	10.000
Ihre Lohntüte hat die Schwindsucht (zum Steuerentlastungsgesetz)	10.000
Gesamt	61.000

D. Regiebücher (erschienen 1973)

Regiebuch 1 : Mitgliederwerbung Mitgliederwerbung nach dem Kontaktermodell	20.000
Regiebuch 2 : Neubürgerbetreuung CDU-Nachbarschaftshilfe für Neubürger	15.000
Regiebuch 3 : Mitgliederinitiativen Anleitungen für Bürgerini- tiativen und Soziale Dienste	10.000
Regiebuch 4 : Wahlkampfbuch (zum Jahresende)	10.000

E. Zur Programmdiskussion

Mitbestimmung

- Auf dem Weg zur Unternehmensmitbestimmung  
von Prof.Dr. Kurt H. Biedenkopf
- Reformvorschläge zur Unternehmensmitbe-  
stimmung der Christlich-Demokratischen  
Arbeitnehmerschaft - Sozialausschüsse -

(je 20 Exemplare wurden den Kreisverbänden  
kostenlos zur Verfügung gestellt)

Aktion: "CDU diskutiert" (August/September 73)

Zur Vorbereitung des Hamburger Parteitages

1. Monatsbeilage zu den Themen

- Bodenrecht
- Vermögensbildung
- Berufliche Bildung
- Medienpolitik

100.000

	<u>Auflage</u>
2. Einzelbroschüren zu den Themen Auflage je	5.000
3. Wandzeitung - CDU diskutiert	10.000
4. Protokolle der Hearings (Unkorrigierte Wortprotokolle der Hearings, die von der Bundespartei abgehalten wurden)	
- Berufliche Bildung	
- Vermögensbildung	
- Bodenrecht	
(je Thema Auflage 10.000, 20 Exemplare pro Kreisverband kostenlos)	

F. Zur politischen Auseinandersetzung

1. Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Grundvertrag	
- Flugblatt "Die Deutsche Einheit bleibt Verfassungs- gebot"	500.000
- Argumentationskarte "Karlsruher Urteil"	50.000
- Broschüre in der Serie Argumente-Dokumente- Materialien "Das Karlsruher Urteil über die Verfas- sungsmäßigkeit des Grundvertrages"	5.000
2. Aktion: Preise + Verbraucher "Alle reden über Preise - die SPD macht sie"	
Eine Argumentationskarte	50.000
Wandzeitung	11.000
Flugblatt	700.000
3. Aktion: Steuerentlastungsgesetz "Ihre Lohntüte hat die Schwindsucht"	
Wandzeitung	11.000
Faltblatt	250.000

G. Argumentationskarten

- Karlsruher Urteil	50.000
- Radikale	50.000
- Bildungspolitik	50.000
- Umweltschutz	50.000
- Juso-Zitate	50.000
- Sicherheitspolitik	50.000
- Steuererhöhungsbeschlüsse	50.000
- Hochschulpolitik	50.000
- Verbraucherpolitik	50.000
- SPD	50.000
- Renten	50.000
- Godesberger Programm	50.000
- Alle reden über Preise - die SPD macht sie	50.000

Zu diesen Karten ist eine rote Kunststoff-Einsteckmappe vorhanden.

H. Messeservice

Im Falle der Beteiligung von Landes- oder Kreisverbänden an Ausstellungen oder Messen sind zunächst die veranstaltenden Verbände zuständig für die Beschaffung und Finanzierung der benötigten Messestände.

Die Bundesgeschäftsstelle stellt im Einzelfall Werbe- und Verteilermaterial zur Verfügung.

I. Mitgliederwerbung

1. Faltprospekt "Wählen allein genügt nicht mehr - Ergreifen Sie Partei!" 450.000
2. Anzeige im Deutschen Monatsblatt
3. Zwei Seminare für Aktionsbeauftragte zur Mitgliederwerbung der Kreisverbände in Bonn
4. Regiebuch 1 : Mitgliederwerbung
5. Modellversuche von Kreisverbänden in Zusammenarbeit mit dem Referat Mitgliederwerbung

## Abteilung Presse

### 1. Medienpolitische Diskussion

Im Berichtszeitraum wurden die Koordination und die Organisation der Arbeit der Medienkommission zur Erstellung eines Medienpapiers der CDU/CSU und ihrer beiden Unterkommissionen zu Ende geführt.

Das Medienpapier der Unionsparteien wurde den Gliederungen der Partei und der medienpolitisch interessierten Öffentlichkeit zur Diskussion übergeben. Auf dem Medienkongreß der CDU/CSU im Frühjahr 1974 in München wird das Medienpapier neben anderen Ausarbeitungen in einem offenen Kongreß von Teilnehmern aus allen Sparten der Medienbereiche der beiden Unionsparteien behandelt.

Die Ergebnisse des Medienkongresses werden dann Gegenstand eingehender Beratungen der entsprechenden Parteigremien sein, um ein medienpolitisches Konzept der Unionsparteien zu verabschieden.

### 2. Presse, Rundfunk, Fernsehen

Im Kontaktbereich wurden die Gespräche und Führungnahmen mit Journalisten aller drei Bereiche weiter ausgebaut, die Informationskontakte zur Fachpresse verstärkt.

### 3. Medienpolitische Tagung in der Politischen Akademie Eichholz

Vom 15. - 17. Oktober fand in enger Zusammenarbeit zwischen dem Rundfunkreferat und der Politischen Akademie Eichholz eine medienpolitische Tagung mit Rundfunkjournalisten aus allen Anstalten der ARD und des ZDF statt.

Die ungewöhnlich stark frequentierte Tagung bot neben der Sachinformation über die Medienpolitik eine breite Möglichkeit zur Diskussion über eine effektvolle Rundfunk- und Fernsehpolitik der Union. Vertreter der Führungsspitze der Union, unter ihnen der Medienbeauftragte des Präsidiums, Heinrich Köppler, und Generalsekretär Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf, stellten sich an zwei Abenden den Fragen der Teilnehmer.

4. Spitzengespräche

Am 22. Oktober 1973 traf sich das Präsidium der CDU mit dem Präsidium des Bundesverbandes deutscher Zeitungsverleger (BDZV) zu einem Gespräch.

Es wurde verabredet, sich über die Entwicklung im Medienbereich fortlaufend zu informieren und die Kontakte fortzusetzen.

Im Dezember ist eine Arbeitstagung mit den CDU-Gremienmitgliedern der Rundfunk- und Fernsehanstalten mit dem CDU-Präsidium geplant. Fragen besserer Kooperation, Probleme eines regeren Informationsflusses und einer wirksamen Arbeitsweise der Gremienmitglieder werden im Mittelpunkt dieses Gespräches stehen.

Mitgliederbestand

nach dem Stande vom 30.9.1973 in aufsteigenden Zahlen

Landesverbände

0600	Bremen	2.469
0900	Braunschweig	5.221
0700	Hamburg	7.702
1100	Oldenburg	9.305
0500	Berlin	9.917
1500	Saar	20.726
1600	Schleswig-Holstein	25.015
0800	Hessen	41.206
1000	Hannover	45.296
1400	Rheinland-Pfalz	52.274
01-4	Baden-Württemberg	59.079
1300	Westfalen	80.361
1200	Rheinland	90.307

---

13 Landesverbände mit 448.878 Mitgliedern

Zahl der Kreisverbände 321 x)  
Durchschnittl. Mitgliederbestand pro Kreisverband 1.398 x)

x) ohne Ostsektor

Mitgliederzuwachs in den Landesverbänden  
1. Oktober 1972 bis 30. September 1973

---

Landesverband	Mitgl.- stand am 30.9.72	Mitgl.- stand am 30.9.73	Mitglieder- zuwachs	
			absolut	%
Baden-Württemberg	53.512	59.079	5.567	10,40
Berlin	8.966	9.917	951	10,60
Bremen	2.049	2.469	420	20,49
Hamburg	6.418	7.702	1.284	20,00
Hessen	36.393	41.206	4.813	13,22
Braunschweig	4.529	5.221	692	15,28
Hannover	38.466	45.296	6.830	17,75
Oldenburg	8.380	9.305	925	11,03
Rheinland	78.536	90.307	11.771	14,91
Westfalen	70.756	80.361	9.605	13,57
Rheinland-Pfalz	48.087	52.274	4.187	8,70
Saar	19.358	20.726	1.368	7,06
Schleswig-Holstein	21.879	25.015	3.136	14,33
<hr/>				
Bund	397.329	448.878	51.549	12,97

Die 10 kleinsten Kreisverbände

1012	Emden	215
0811	Frankenberg	217
0821	Hanau-Stadt	218
1355	Wittgenstein	273
0702	Bergedorf	279
1034	Lüneburg-Stadt	302
0307	Heidenheim	313
1025	Hannoversch-Münden	314
0831	Marburg-Stadt	318
1411	Frankenthal	329

Die 10 größten Kreisverbände

1353	Gütersloh	3.756
1507	Saarlouis	3.758
1202	Aachen-Land	3.820
1210	Düren	4.203
1214	Essen	4.547
1342	Recklinghausen-Stadt	4.839
1211	Düsseldorf-Stadt	4.935
1239	Rhein-Sieg-Kreis	5.093
1205	Bonn	6.216
1222	Köln-Stadt	6.228

Anzahl der ausgeschiedenen Mitglieder  
1. Oktober 1972 bis 30. September 1973

---

Gründe des Ausscheidens	Abgänge in Zahlen
a) ausgeschieden	
1. verstorben	6.090
2. unbekannt verzogen	2.891
3. Karteibereinigung	1.006
b) ausgetreten	
4. ohne Grundangabe	8.224
5. soziale und persönliche Gründe	1.031
6. politische Gründe	293
c) ausgeschlossen	
7. Beitragsrückstand, -verweigerung	1.114
8. parteischädigendes Verhalten	19
d) überwiesen	
9. an andere Kreisverbände (erscheinen dort im Zugang) x)	32.057
<hr/>	
ausgeschiedene Mitglieder insgesamt	52.057

x) Hierin enthalten sind 26.710 Mitglieder,  
die infolge der kommunalen Neuordnung  
einem anderen Kreisverband zugeordnet  
wurden (kein Wohnungswechsel).

Jahr	Monat	Mitgliederstand	Zugänge	Abgänge	Netto-Zugänge
1971	1	331.115	4.016	2.140	1.876
	2	332.845	4.661	2.931	1.730
	3	336.032	5.878	2.691	3.187
	4	338.850	4.816	1.998	2.818
	5	341.987	4.721	1.584	3.137
	6	343.697	3.975	2.265	1.710
	7	346.024	4.003	1.676	2.327
	8	346.776	2.636	1.884	752
	9	348.531	4.034	2.279	1.755
	10	350.437	3.628	1.722	1.906
	11	352.434	4.188	2.191	1.997
	12	355.745	5.595	2.284	3.311
1972	1	357.759	4.752	2.738	2.014
	2	363.371	8.391	2.779	5.612
	3	368.726	7.780	2.425	5.355
	4	372.409	5.347	1.664	3.683
	5	377.752	7.319	1.976	5.343
	6	383.371	7.715	2.096	5.619
	7	387.413	5.652	1.610	4.042
	8	391.940	6.963	2.436	4.527
	9	397.329	6.954	1.565	5.389
	10	402.749	6.502	1.082	5.420
	11	414.069	12.625	1.305	11.320
	12	422.968	11.215	2.316	8.899
1973	1	428.100	7.813	2.681	5.132
	2	433.206	7.962	2.856	5.106
	3	436.385	6.857	3.678	3.179
	4	439.416	5.310	2.279	3.031
	5	442.654	5.716	2.478	3.238
	6	444.635	3.927	1.946	1.981
	7	446.027	3.204	1.812	1.392
	8	446.999	2.809	1.837	972
	9	448.878	3.624	1.745	1.879

